



Zug, 05. Oktober 2025

## **Interpellation der SP-Fraktion betreffend „Ausbau erneuerbarer Energien“**

Am 9. Juni 2024 hat die Stimmbevölkerung das Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien deutlich angenommen – in Zug mit 68 % Ja-Stimmen. Das Gesetz schreibt unter anderem klare Zielwerte für die Stromproduktion aus erneuerbaren Energien vor (Art. 2 Abs. 1 BG): Bis 2035 müssen mindestens 35 000 GWh Strom aus erneuerbaren Energien pro Jahr erzeugt werden, die Wasserkraft nicht mitgerechnet. Das nationale Ausbauziel ist verbindlich, das Gesetz verpflichtet die Kantone, dafür zu sorgen, dass für die Nutzung der Wasser- und Windkraft sowie für freistehende Solaranlagen von nationalem Interesse geeignete Gebiete im Richtplan festgelegt werden (Art. 10 Abs. 1 BG). Damit sind die Kantone aufgerufen, zur Erfüllung der Versorgungsziele beizutragen. Lobenswerterweise skizziert der Kanton Zug in seiner Energie- und Klimastrategie von 2025 bereits, wie er gedenkt, mit dieser Pflicht umzugehen: Gemäss der Strategie erarbeitet er eine Potenzialstudie Erneuerbare Energien (EKS-3), und er verankert energie- und klimarelevante Themen im Richtplan (EKS-18).

Wir stellen vor diesem Hintergrund dem Regierungsrat folgende Fragen:

1. Wie hoch ist der Beitrag an erneuerbarer Energie auf Zuger Kantonsgebiet, den der Kanton beabsichtigt an die nationale Zielerreichung beizutragen? Und wie hoch ist der aktuelle Beitrag an erneuerbarer Energie auf Zuger Kantonsgebiet?
2. Anhand welcher Kriterien berechnet der Kanton die kantonale Zielsetzung für die Produktion von erneuerbaren Energien und wie überwacht er die Zielerreichung?
3. Welche Planungsschritte und welchen Zeitplan sieht der Regierungsrat vor, um das gesetzte Ziel zu erreichen?
4. Welche Umsetzungsschritte und welchen Zeitplan sieht der Regierungsrat vor, um das gesetzte Ziel zu erreichen?
5. Wie und auf welcher gesetzlichen Grundlage kann der Kanton Zug die potenziellen Erzeuger für erneuerbare Energie zu einem Beitrag zur Zielerfüllung zwingen und gegebenenfalls bei einer Nichteinhaltung sanktionieren?
6. Falls eine solche gesetzliche Grundlage fehlt, ist der Regierungsrat gewillt, eine solche zu schaffen?